

Die verlorene Unschuld

Ein grünes Trauerspiel

Die grüne Partei steckte von Anfang an voller Widersprüche, die, nachdem sich die Euphorie des Wahlsieges gelegt hatte, zum Ausbruch kamen. Nicht die Machenschaften einer "Vierer-Bande", wie in der Presse zu lesen steht, sind Schuld an der augenblicklichen Existenzkrise, sondern viel subtilere Mechanismen, denen folgender Artikel nachspürt.

Ouvertüre (Molto allegro)

Von Anfang an waren die Grünen ein Sammelbecken für sehr unterschiedliche Leute. Muck Huss erklärt dies in einem Interview mit "forum" folgendermassen: "In der grünen Partei treffen Leute aufeinander, die unterschiedliche Erfahrungen haben, die verschiedene Arbeitsstile haben, die divergierende Auffassungen von Basisdemokratie haben, deren politisches Bewusstsein sehr weit auseinanderklafft. Es treffen Leute aufeinander, die meist ein zentrales Anliegen haben, das sie auch zum Zentralpunkt der Partei machen wollen; weil jeder ein anderes Anliegen hat, entstehen Reibereien um die Prioritäten."

Da es eigentlich nie richtig Zeit für politische Diskussionen gab, kristallisierten die einzelnen Tendenzen sich an praktischen Themen. Die Diskussion um die Wahlbeteiligung brachte zwei sehr verschiedene Auffassungen von Politik zutage:

- den Befürwortern der Wahlbeteiligung ging es um Einflussnahme durch die Teilnahme am Wahlgesehen
- den Gegnern ging es zunächst darum, einen neuen Lebensstil, auch im Umgang der Mitglieder untereinander innerhalb der Partei, zu entwickeln. Und dazu glaubten sie, würde die Wahlbeteiligung nichts beitragen.

Bei den Befürwortern fanden sich die, die schon politische Erfahrungen in anderen Parteien gesammelt hatten, sei es bei Maoisten oder Trozisten oder auch bei der LSAP. Bei den Gegnern waren hauptsächlich partei-politisch Unerfahrene, die bislang nicht oder in Basisbewegungen aktiv waren, die sich einem Thema verschrieben hatten. Kein Wunder, dass man hier nicht nur Theorielosigkeit, sondern auch Theoriefeindlichkeit finden konnte, was ihnen sogleich den Vorwurf, "Pfadfinder" zu sein, einbrachte. Dies kann man auch an der Bewertung der Ökologie-Problematik festmachen. Huss meint: "Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie muss gelingen, damit steht und fällt die grüne Bewegung und die grüne Partei... Auch in punkto Ökologie gibt es verschiedene Erfahrungshorizonte, die einen sind geleitet von einem unmittelbaren Umweltbewusstsein,

z.B. Leute, die vom "Biokrees" kommen, denen es um alternatives Leben, um alternative Ernährung geht, die den globalen Aspekt des wirtschaftlichen Systems und der politischen Machtfrage vernachlässigen. Das andere Extrem bilden die Leute, die sagen: Okay, dass man Müsli isst, aber damit ändert man wenig am bestehenden Industriesystem. Diese Widersprüche und Ungereimtheiten sind jedoch nicht in sechs Monaten aus der Welt zu schaffen. Ich rechne damit, dass wir etwa zwei Jahre für diesen Klärungsprozess brauchen."

Zum weiteren Verständnis ist es nötig, die vielen verschiedenen Meinungen in zwei grosse Strömungen zusammenzufassen: die "Traditionalisten" mit ihrem klassischen Politik- und Parteiverständnis sowie ihrer Erfahrung in politischer Arbeit und die "Alternativen", denen es hauptsächlich um alternative Lebensformen auch innerhalb der grünen Bewegung geht. Nachdem die



Wahlteilnahme gegen die Stimme der "Alternativen" beschlossen war, stellte sich die Frage nach der Ausgestaltung des Wahlprogramms. Welchen Stellenwert sollten die klassischen linken Themen: soziale Frage, Wirtschaftskrise... einnehmen? Sollte man von theoretischen Voraussetzungen oder von konkreten Erfahrungen ausgehen? Sollte man gar so vage wie möglich bleiben, um möglichst viele Wähler anzuziehen? Diesmal setzten sich die "Alternativen" durch, was auch darauf hinweist, dass die hier eingeführte strenge Zweiteilung eine unzulässige, journalistische Vereinfachung darstellt. Die Faszination und die Hoffnung, die von den Grünen in dieser Vorwahlphase ausging, beruhte paradoxerweise gerade darauf, dass sie zu einem Sammelbecken für Leute mit sehr verschiedenen Lebenserfahrungen und gesellschaftlichen Hintergründen wurden. Menschen, die sich bislang kaum begegneten, wurden vereint in einem gemeinsamen Projekt.

Angesichts des drängenden Wahltermins konnte eine Reihe Fragen nicht geklärt werden: Wie sollte die Rotation funktionieren? Welche Funktion sollten die Abgeordneten übernehmen? Wie sollte die Parteistruktur aussehen? Wie würde sich die Möglichkeit des Panaschierens auf die Besetzung etwaiger Abgeordnetenposten auswirken? Trotz schwacher Liste kam es zum Wahlerfolg, weil auch hierzulande, und dies nicht zuletzt durch die deutschen Medien, eine Sensibilität für die grüne Problematik herrscht und weil die neue Partei sicher auch eine glaubwürdigere Protestpartei als die KP darstellt.

Doch die im Wahlkampf und bei der Einrichtung der Parteistrukturen anfallende Arbeit liess keine Zeit für eine politische Diskussion, für die Vereinheitlichung der Meinung, für Bildungsseminare zum Angleichen des Wissensstands und vor allem für die Ausweitung der Mitgliederbasis. Es gab keine Strukturen, um die wirkliche oder auch nur vermeintliche Macht, welche der Partei durch den Wahlsieg erwuchs, aufzufangen, und so war der Machtkampf vorprogrammiert. Doch es soll hier nicht nur die Rede von Krisen sein, denn trotz aller Auseinandersetzungen wurde mehr Arbeit geleistet, als nach aussen allgemein sichtbar.

Duett für zwei Tenöre und Akkordeon

Ins Parlament ziehen für die Grünen Jup Weber und Muck Huss, zwischen denen sich schnell eine gewisse Arbeitsteilung ergibt. Muck ist zuständig für das Wirtschaftliche und das Allgemeinpolitische, er bringt es fertig, die Hauptwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen, auch wenn es um rein technische Detailfragen geht. Der europäische Informationsaustausch ist ihm Anlass, über sein fehlendes Vertrauen in



»Die einen träumen nur davon,
die anderen tun's« *Harald* in: taz

den Staatsapparat, die Folter in der Türkei und die Berufsverbote in der BRD zu reden, beim Thema Grönland wird gleich die Weltwirtschaftsordnung mitdiskutiert. Jup hingegen spricht vornehmlich zu ökologischen Themen, wo er sich auch in Detailfragen inhaltlich qualifiziert zeigt. So ist z.B. seine Rede zu der Fischerei in den Grenzgewässern ein richtiger Nachhilfeunterricht für die Parlamentarier in Ökologie. Diese Komplementarität erlaubt es beiden, in der Budgetdebatte, trotz der undemokratischen Zeitverteilung, fast alle Themen abzudecken.

Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die radikale Haltung der Grünen zum Index angeführt. Sie fordern eine einheitliche Indextranche von 1.500 Franken für jeden und ein Index-Stopp von 3 Jahren für Grossverdiener. Auf diese mutigen Vorschläge, genauso wie auf andere Anregungen, gehen die etablierten Politiker nicht ein, so dass diese Parlamentsarbeit, auch angesichts der mangelnden Presseresonanz, auf die Dauer frustrierend ist. Die Regierungspresse erwähnt die Grünen fast nicht in ihrer Kammerberichterstattung, nur im UKW und im Répu wird ihnen der gebührende Platz eingeräumt. Ab der Januarnummer will die "Perspektiv" sich verstärkt als grünes Organ profilieren, doch in der ersten Nummer kamen nur die "Traditionalisten" zu Wort.

Zum Einbringen von Motionen sind fünf Unterschriften erforderlich, die es bei anderen Parteien zu sammeln gilt. Auch wenn die Grünen in der Regel die zwei Unterschriften der KP erhalten, sind sie für die fünfte auf den linken Flügel der LSAP angewiesen, der es jedoch nicht wagt, sich dem Fraktionszwang zu entziehen. Diese mangelnde Zivilcourage

ist besonders dann bedauerlich, wenn es keine inhaltlichen sondern nur partei-politische Bedenken gibt. So z.B. wenn in einer Motion zu den Wahlen einer Landwirtschaftskammer die Grünen die Position der LSAP... vor der Wahl aufgreifen oder bei der Raketenstationierung eine frühere LSAP-Motion im Wortlaut einbringen. Hier zeigt sich auch, dass eine Hauptfunktion der Grünen im Parlament das Entlarven der "politique politique" sein muss.

Die Rückkopplung an die Basis soll durch die Zusammenarbeit mit thematischen Arbeitsgruppen geschehen. Doch es zeigt sich bald, dass das Parlament ein anderes Arbeitstempo hat als die Freizeit-Militanten, so dass eine Konsultation meist auf informellen Kanälen läuft. Dennoch arbeiten die Abgeordneten an der Basis. Muck sieht man nicht nur in der Wirtschafts- und Justizgruppe. Jup, der gute Kontakte zum Mouvement Ecologique hat, arbeitet fast ausschliesslich mit der Umwelt-Gruppe zusammen, was ihm den Vorwurf einbringt, nicht genug Zeit in die Parteiarbeit zu investieren. Während Jup so zum Exponent einer "ökologischen" Fraktion wird, versteht es Muck, sich in dem ausbrechenden Streit jenseits der Fronten zu halten.

Der Chor der Arbeitsgruppen

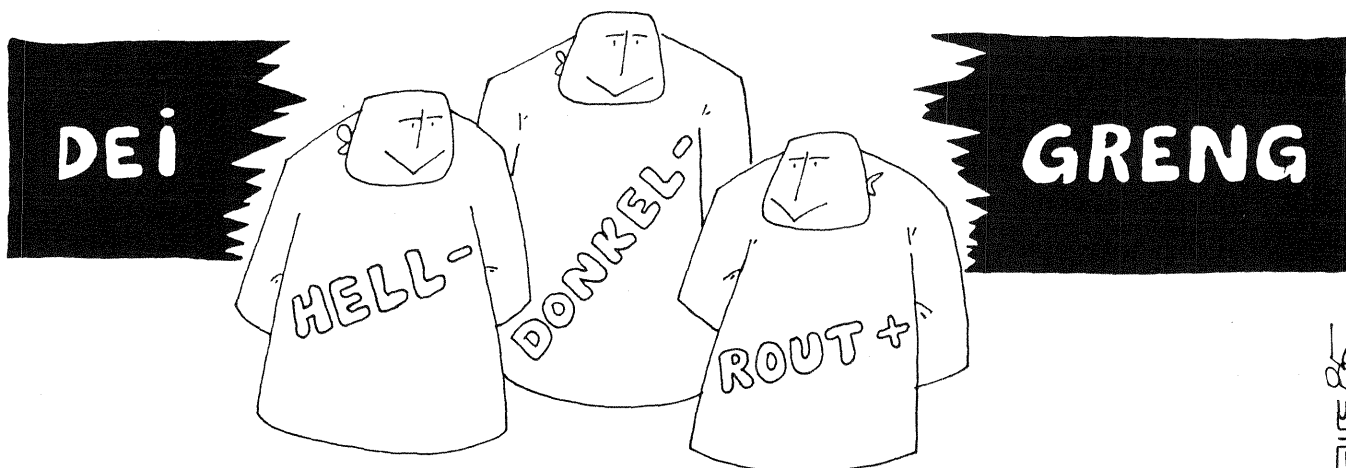
Auch die Basis arbeitet. Es gibt Lokalgruppen in Esch, in Düdelingen, im Kayltal, im Korntal, im Norden, in Petingen. "Dort", so berichtet Huss, "wurde eine sehr gute Aktion zur Müllproblematik durchgeführt, bei der ein Flugblatt an alle Haushalte verteilt wurde. Die Grünen wurden sogar vom Bürgermeister empfangen, mit dem sie das Abfall-Problem erörterten, aber da auch hier politisch unerfahrene Leute aktiv sind, haben sie nicht an eine Pressemitteilung gedacht, so dass ihre Aktion nicht einmal im Répu stand. Es gibt die Stadt-Luxemburger Sektion, die sich zur Tennishalle im Baumbusch und zur Ost-Umgebung geäussert hat." Es gibt thematische Gruppen mit 5-6 oder, wie die Umweltgruppe, mit 20 Leuten. Die Wirtschaftsgruppe hat flankierend zur Kammer-

debatte ein Flugblatt zum Index ausgearbeitet, das sogar vor Schmelztoren verteilt wurde. "Es gibt also die Partei", stellt Muck Huss fest, "sie ist im Aufbau begriffen und mitgliedermässig noch schwach. 140-150 Mitglieder zahlen Beiträge, aber deren Zahl nimmt langsam zu, und interessanterweise melden sich auch ältere Menschen... Im augenblicklichen Stadium ist die Grüne Partei keine Massenpartei, ich wäre fast versucht zu sagen, dass es eine Avantgarde-Partei ist. Der Erfolg bei den Europawahlen quer durch das Land zeigt, dass eine Sensibilität für die grüne Problematik besteht, dass ein "ras-le-bol" gegenüber den Parteien da ist, und die Schwierigkeit besteht darin, die Leute trotz dieses Parteienüberdrusses zu einer Mitarbeit bei den Grünen zu bewegen. Angesichts der innerparteilichen Reibereien ist das nicht einfach, und ich glaube, dass wir zwei, drei Jahre brauchen, bis wir dies geschafft haben."

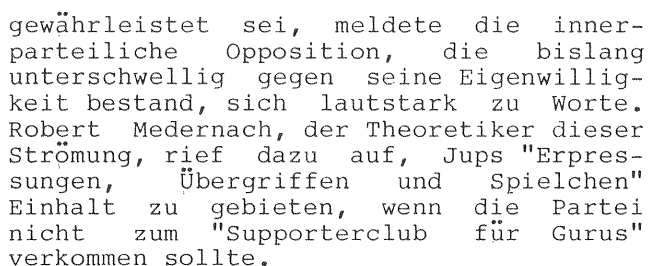
Die meisten Mitglieder der Grünen sind auch noch in anderen Gruppen, sei es in der Gewerkschaft, im Mouvement Ecologique, in Dritte-Welt-Gruppen, in der Frauenbewegung usw. aktiv. Dies birgt die Gefahr, dass die Arbeit an der Basis als wichtiger erachtet wird und die Parteiaktivität in den Hintergrund tritt. Was auch bei einigen, besonders seit mit den Streitereien auch der Frust aufkam, geschehen ist.

Kabale und Liebe

Neben Parlamentariern und Basis gibt es auch den Parteiapparat. Im Vordergrund stand dort die Suche nach einem Lokal und die Organisation der Partei. Diese Aufgabe übernahm ein Koordinationsrat, der trotz seines Namens nicht nur koordinierende, rein technische Aufgaben hat, sondern auch die Partei nach aussen vertritt, den Haushaltsplan aufstellt und das Parteiorgan "Info" herausgibt. In Sorge um die Basisdemokratie, hat man diesem KOROT eine föderative Struktur gegeben: seine Mitglieder werden von regionalen und thematischen Arbeitsgruppen bestimmt. Angesichts der vielen kleinen Gruppen entsteht so ein circa 20köpfiges Gremium, in dem praktisch



Das basisdemokratische Misstrauen gegenüber den eigenen Abgeordneten findet seinen Ausdruck in den Parteistatuten. Dort wird in dem Absatz "Parteiangestellte" bestimmt, dass die Parlamentarier ihre ganzen Diäten an die Partei abliefern müssen, um sie von dieser teilweise als Gehalt ausgezahlt zu bekommen. (Die Höhe dieser "Entschädigung" beläuft sich im Augenblick auf 50.000 Franken netto plus Kindergeld und Aufwandsentschädigungen.) Jup Weber versteht sich jedoch als Angestellter der Allgemeinheit, der kein Geld an die Partei abtritt, sondern lediglich durch die Partei erbrachte Dienstleistungen vergütet. Als das in seinen Augen zu teure Lokal angemietet wurde, weigerte er sich diese Fehlentscheidung mitzufinanzieren und stellte seine Zahlungen ein. Als er in einem Journal-Interview auch noch sagte, man könne das "Rotationsprinzip vielleicht doch als Blödsinn" betrachten, und er könne in einem marktwirtschaftlichen System leben, wenn eine ernsthafte Umweltpolitik



Solche Auseinandersetzungen sind ein
gefundenes Fressen für all jene, denen
die Grünen ein Dorn im Auge sind, und da
sie nicht nur parteiintern, sondern auch
in den Clausener Pinten ausgetragen
werden, finden sie ihren Weg in die
Presse. Allen voran die KP-Zeitung, die
Ende Dezember auf die Vorgänge um die
Vollversammlung unter der Schlagzeile:
"Ex-K-Grüppler drohen mit Spaltung" zu
sprechen kommt. Weniger polemisch im Ton,
aber mit denselben Informationen zieht
das "Letzeburger Land" nach, und das
"journal" sieht die "echten Umwelt-

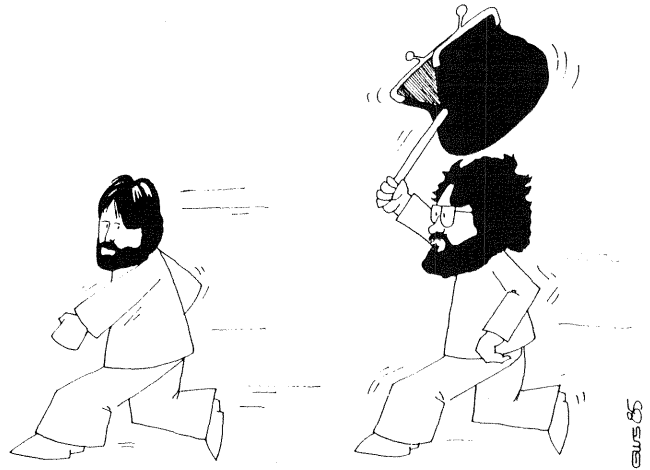
ferventen ins Abseits gedrängt" von "einigen verkrachten Linksextremisten". Obschon diese Veröffentlichungen kaum Angaben, die man nicht im "Info" nachlesen könnte, enthalten, werden sie zum Anlass für die Suche nach undichten Stellen in der Partei und der Anschuldigung gegen Jup, mit der kommunistischen "Drecksschleuder" zusammenzuarbeiten.

Neben wahrheitsgemässen Informationen enthalten die Artikel der "Zeitung" aber auch die Behauptung, eine "Viererbande" von früheren Maoisten und Trotzlisten, hätte "sich dank ihrer politischen Erfahrung und der damit verbundenen Redegewandtheit fast sämtlicher Hebel im Koordinationsrat bemächtigt". Doch die komplizierten Machtkämpfe mit wechselnden Koalitionen und persönlichen Anrempelungen kann man nicht auf die Intrigen einer Vierer-Bande, von deren Mitgliedern ausserdem nur zwei eine "linksextreme" Vergangenheit haben reduzieren. In der Tat haben die Vier viel bei der organisatorischen Arbeit (Lokal, "Info") geleistet, und es verbindet sie ein traditionelles Politikverständnis. Doch wenn es sie als Gruppe gibt, dann nur, weil sie sich gemeinsam gegen die Angriffe der Presse wehren mussten.

Den absoluten Nullpunkt erreicht diese Auseinandersetzung, als es am 9. Januar im Melusina zu Handgreiflichkeiten zwischen Jup Weber und Robert Medernach kommt. Zu allem Überfluss nehmen anwesende KPler Jup in Schutz, so dass das "journal" titeln kann: "KP-Militant rettet Grünen".

To be or not to be?

Eine klärende Vollversammlung wurde gegen den zögernden KOROT durchgesetzt, und die vorgeschlagene Tagesordnung wurde von den Anwesenden geändert: wollte der KOROT zunächst den "Fall Jup" behandeln und so die Krise auf den einen Delegierten abwälzen, so wollte die Mehrheit, zunächst über die Krise in der Partei und dann über das Verhältnis zu den Delegierten reden. Gleich drei Anträge verlangten die Wahl des KOROTs durch die Vollversammlung und der radikalste, der nur Frauen zu dieser Wahl zulies, setzte sich durch. In der Begründung heisst es: "In dieser Situation der Krise ist es sinnlos, darüber zu diskutieren, wer die Guten und wer die Bösen sind. Schluss mit den Hahnenkämpfen und leeren Streitereien, bei denen es den Beteiligten oft nur noch darum geht, recht zu behalten und keinen Fehler einzugestehen. Wir brauchen einen Neubeginn, eine Mannschaft, die das Vertrauen des obersten Organs, der Vollversammlung, hat... Ein Frauen-KOROT ist eine Möglichkeit, aus der Sackgasse herauszukommen, weil er einen Neubeginn darstellt, der niemanden desavouiert, der die Unterstellungen der Presse dementiert und dennoch einen Strich unter die Streitereien der letzten Zeit zieht."



Dass die Frauen an den Streitereien nicht beteiligt waren, ist kein Zufall, sondern hat etwas mit geschlechtsspezifischer Sozialisation zu tun. Frauen sind keine besseren Menschen, aber sie haben eine andere Beziehung zur Macht, deshalb können sie den Neubeginn schaffen. Diese Meinung hat sich gegen heftigen Widerstand auch von Frauen (es ging sogleich die Rede von "Klücken"-Kämpfen) und wegen wahltaktischer Fehler der Gegner durchsetzen können. Huss sprach sich gegen den Frauenrat aus und hat damit seine Stellung über den Fronten aufgegeben.

Der zweite Tagesordnungspunkt konnte jedoch nicht geklärt werden. Jup war nicht bereit, die Unterschrift unter ein von der Escher Lokalgruppe eingebrachtes Papier zu setzen und sich so zu Rotation, imperativem Mandat und zur Diätenabgabe zu bekennen. Es folgte ein peinliches Feilschen um einige Tausender mit zweifelhaften Unkosten- und Spesenrechnungen, das ohne Einigung endete, aber mit der Aufforderung an Jup, sein Mandat niederzulegen. Dieser macht es seinen Freunden und all denen, die auf die Einheit der Partei bedacht sind, nicht leicht. Alle Kompromissvorschläge quittiert er mit Sturheit. Vor allem überrascht er auch, dass er als grüner Abgeordneter eine Symbolfigur in der Öffentlichkeit ist, von der man erwarten darf, dass sie ein exemplarisches Verhalten an den Tag legt.

Doch der "Fall Jup" ist auf drei Ebenen angelegt: - In der Person Webers, der sich in eine Position zum Abgeordneten-Statut verstiegen hat, die von höchstens einer Handvoll aktiver Mitglieder geteilt wird. - In einer kleinen Gruppe (nicht mit der Vierer-Bande der Presse identisch), die diesen Konflikt schürt, um innerparteiliche Richtungskämpfe für sich zu entscheiden. - In der Presse, welche einen Vorwand braucht, um ihre vorgefasste Meinung von "roter" beziehungsweise, wo dies kein Schimpfwort darstellt, von maoistischer Unterwanderung zu illustrieren. Doch dieses ganze Hickhack muss nicht unbedingt zur Diskreditierung der Grünen führen, zeigt

es doch eine Ehrlichkeit und Transparenz, die man bei anderen Parteien vermisst.

Ein weiterer Neubeginn stellt die von der Vollversammlung abgesegnete Anmietung eines neuen billigeren Lokals (mit Garten) auf Limpertsberg dar. Es bleibt zu wünschen, dass der Frauen-Rat, die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen kann. Die Illusionen, dass die grüne Partei anders als alle anderen sei, dass hier eine menschlichere, solidarische Art, Politik zu machen, möglich sei, ist verschwunden. Viele der Mitbegründer sind enttäuscht, aber sie sind auch um eine

politische Erfahrung reicher.

Der Aufruf, mit dem Muck Huss ein "forum"-Interview Anfang Dezember abschloss, ist auch heute noch aktuell: "Jeder einzelne in unserer Organisation muss sich bewusst sein, dass nur durch Geduld und Bereitschaft zum Konflikt, aber auch Bereitschaft zum Einlenken und zum Anerkennen von anderen Meinungen verhindert werden kann, dass die Partei auseinanderfällt. Besonders die, die persönlich polarisierend wirken, müssen bereit sein, aufeinanderzuzugehen."

Fernand Fehlen